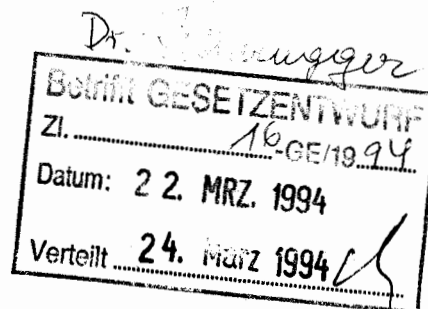




13/SN-448/ME

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl Renner-Ring 3
1010 Wien



Unser Zeichen: flo/fer

DW: 230/510

Fax-DW: 588

Datum: 18.03.1994

GZ: 68.159/9-I/7/94, Begutachtung StudFG Novelle 94

Werte Kolleginnen,
werte Kollegen!

Wir erlauben uns, in der Anlage die Stellungnahme der Gewerkschaft der Privatangestellten zum Entwurf der Studienförderungs novelle zu übermitteln.

Mit besten Empfehlungen verbleiben wir

mit gewerkschaftlichen Grüßen

Franz Bernthaler
Jugendsekretär

Österreichischer Gewerkschaftsbund
Gewerkschaft der
Privatangestellten
Jugendabteilung
1013 Wien
Deutschmeisterplatz 2

Peter Florianschütz
SchülerInnen- und
StudentInnenreferent

Beilage

Stellungnahme
zu einem Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das
Studienförderungsgesetz 1992 geändert werden soll
GZ: 68.159/9-1/7/94

Grundsätzliches

Die Gewerkschaft der Privatangestellten unterstützt die Intentionen des Vorschlages des Bundesministeriums, eine Anpassung an die ab 1. Jänner wirksame Steuerreform vorzunehmen.

Enttäuschend ist allerdings der Umstand, daß die fällige Anpassung der Höchststudienbeihilfe an die Preisentwicklung nicht erfolgt ist. Darüber hinaus sind auch die Absatz- bzw. Freibeträge nicht erhöht worden. Seitens der Gewerkschaft der Privatangestellten kann diese Vorgangsweise nicht unterstützt werden.

Zum Vorschlag

zu § 4

§ 1 Abs. 2 soll lauten

"(2) Ausländer und Staatenlose sind österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt, wenn sie vor der Aufnahme in einer der in § 3 genannten Einrichtungen

1. entweder alleine oder ihre Eltern oder gemeinsam mit ihren Eltern wenigstens durch fünf Jahre in Österreich unbeschränkt einkommenssteuerpflichtig waren,
2. selbst oder ihre Eltern in Österreich während dieses Zeitraums den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hatten, und
3. die Aufnahmebedingungen für eine der in § 3 genannten Einrichtungen erfüllen

zu § 6

Bei Ziffer 2 soll nach dem Wort "gleichwertige" der Zusatz "in Österreich anerkannte" eingefügt werden.

zu § 8

Die GPA regt an in Abs. 4 Z. 4 vorzusehen, daß eine Ferientätigkeit in der Zeit von 1. Juli bis 30. September ausgeübt werden kann. Darüber hinaus sollen von der Regelung auch die Semesterferien bzw. bei der Montanuniversität die Osterferien erfaßt werden. Die Einkommensgrenze sollte bei einer Tätigkeit von nur zwei

Monaten in den gesamten Ferien (1. Juli bis 30. September, Osterferien und Semesterferien) wegfallen. Im Falle einer länger als zwei Monate dauernden Beschäftigung sollte die Einkommensgrenze 60.000,- betragen.

Darüber hinaus sollte die Freigrenze der Einkünfte in Abs. 4 von 50.000,- auf 60.000,- angehoben werden.

zu § 12

In Abs. 3 sollte das einjährige Beschäftigungsverbot für ehemals Berufstätige wegfallen, um eine Gleichstellung mit anderen Studierenden zu erreichen. Die Einkünfte des Vorjahres sind zur Deckung des Lebensunterhaltes verbraucht worden und allfällige Einkünfte während des Studiums werden durch die §§ 31 und 49 ausreichend erfaßt. In Folge müßte der § 49 Abs. 5 gestrichen werden.

In eventu

Jedenfalls müßte in Abs. 3 die Wendung "ersten Zuerkennung" in "ersten Zufluß" geändert werden und sichergestellt werden, daß beim Aufgeben der Beschäftigung ab dem ersten Zufluß die gesetzlichen Kündigungsfristen eingehalten werden können.

zu § 19

Der Beginn des Abs. 1 soll lauten:

"Die Anspruchsdauer und die Nachweisfristen sind zu verlängern, ..."

In Abs. 2 sollte eine Z. 4 eingefügt werden, die regelt, daß auch Schwierigkeiten beim Spracherwerb und bei der Integration ausländischer Hörerinnen und Hörer berücksichtigt werden.

In Abs. 4 sollte neben der gesetzlichen Verpflichtung auch das sittliche Gebot eingeführt werden. Außerdem sollen damit auch die Pflege der Eltern erfaßt werden. Darüber hinaus sollte bei behinderten Kindern bis zu 4 Semester gewährt werden.

In Abs. 6 sollte die Verlängerung nicht an den zu erwartenden Erfolg geknüpft werden.

zu den §§ 20 und 21

Die Nachweisfrist sollte generell bis Ende der Einreichfrist
in eventu

bis Ende der Inskriptionsfrist des folgenden Semesters
reichen.

In § 20 und § 21 ist jeweils Abs. 2 zu streichen.

zu § 26

In den Absätzen 1 und 2 soll die Höchststudienbeihilfe auf
6.000,- bzw. auf 9.000,- angehoben werden.

In Abs. 2 müßte klargestellt werden, daß ein Umzug in eine
Gemeinde von der die Anreise zum Studienort zumutbar ist,
gleichbehandelt wird mit dem Umzug an den Studienort oder
in eine Gemeinde, die dem Studienort gleichgestellt ist.

zu § 27

Die Höchststudienbeihilfe soll monatlich 9000,- betragen.

In Abs. 1 sollte die Regelung "ersten Zuerkennung" in
"Zuerkennung" geändert werden. Darüber hinaus sollte die
Regelung "gemeinsamen Haushalt" beibehalten werden.

In Abs. 3 sollten neben den Zeiten des Präsenz.-oder
Zivildienstes auch Zeiten des Karenzgeldbezuges erfaßt
werden. Darüberhinaus sollen auch Zeiten der Dualen
Berufsausbildung als Zeiten des Selbsterhaltes eingeführt
werden.

zu § 28

In § 28 sollte festgelegt werden, daß für verheiratete
Studierende und Studierende, die zur Pflege und Erziehung
mindestens eines Kindes gesetzlich oder sittlich verpflichtet
sind, die Höchststudienbeihilfe nach § 26 Abs. 2 erhöht, um
10.000,- gebührt. In der Frage des Wohnsitzes soll analog zu
unserer Begutachtung zu § 27 vorgegangen werden.

zu § 30

In Abs. 2 Z. 4 soll geregelt werden, daß nur dann die
Familienbeihilfe in Abzug gebracht wird, wenn sie tatsächlich
bezogen wurde.

zu § 31

In Abs. 3 sollte der Betrag auf 60.000,- erhöht werden.

In Abs. 4 sollte der Betrag auf 60.000,- erhöht werden.

zu § 32

In Abs. 1 sollten die Beträge wie folgt geändert werden:

In Z. 1 auf 40.000,-

in Z. 2 auf 52.000,- bis einschließlich der 9. Schulstufe

in Z. 3 auf 60.000,-

in Z. 4 auf 60.000,- bzw. 90.000,-

in Z. 5 auf 30.000,-

zu § 37

In Abs. 7 sollten die Senate sowohl über die Vorstellungen als über Verlängerungen und Überschreitungen der Anspruchsdauer entscheiden.

zu § 48

In Abs. 3 soll die Frist zur Erbringung des Leistungsnachweises analog zu den §§ 20 und 21 gehandhabt werden.

zu § 49

In Abs. 2 ist die Frist für Fachhochschulen und Akademien ebenfalls mit 4 Semester anzusetzen.

In Abs. 4 ist der Text ab " mit einem Entgelt..." zu streichen.

Abs 5 ist zu streichen.

zu § 50

In Abs. 2 Z. 2 ist bei Bezug auf § 21 der Ausdruck "und 3" zu streichen.

zu § 51

Abs. 1 Z. 4 ist zu streichen.

zu § 53

Die alte Regelung ist beizubehalten.

zu § 53a:

In Abs. 2 ist die Dauer auf ebenfalls 4 Semester anzusetzen.

zu § 54:

In Abs. 2 ist die Ziffer 1 nicht mit den Bestimmung des Erasmus-Programmes vereinbar. Es sollte eine Anpassung vorgenommen werden.

In Abs. 2 ist Ziffer 2 zu streichen.

zu § 55

In Abs 1 Z. 3 ist nach dem Wort "Auslandsstudium" ein Punkt zu machen und der Rest zu streichen bis exklusive ", und".

zu §56

Abs. 4 ist zu streichen.

zu §56a:

Abs.2 Z.2 ist zu streichen.

zu § 63

Der Kreis der möglichen BezieherInnen soll auch in Hinkunft die AbsolventInnen erfassen.

in eventu

die alte Regelung soll beibehalten werden.

zu § 66

Die Gewerkschaft der Privatangestellten fordert die alte Regelung beizubehalten.

zum 8. Abschnitt:

Es ist sehr fraglich, warum die psychologische StudentInnenberatung in das Studienförderungsgesetz eingegliedert wird.

zu § 75

Abs. 7 ist in der vorgesehenen Form zu streichen.

flö / 03.94